Beschluss Nr. 4

Entwicklungspolitik neu denken – KLJB Perspektiven auf eine gerechte Welt

Unsere Welt steht vor gewaltigen Herausforderungen: Globale Krisen wie die Klimakrise, Pandemien und Kriege offenbaren soziale Ungerechtigkeiten und fehlende Nachhaltigkeit[1] bestehender Systeme. Gleichzeitig nehmen nationalistische Strömungen zu, die globale Solidarität infrage stellen und oft nur die Perspektive nationaler Eigeninteressen einnehmen.

Grundlage von Entwicklungspolitik ist die gemeinsame Verantwortung aller für eine gerechtere Welt. Gerade deshalb müssen wir eine Entwicklungszusammenarbeit einfordern, die echte Partnerschaften fördert, feministisch und menschenrechtsbasiert ist, Völkerrecht wahrt und koloniale Kontinuitäten überwindet.

Internationale Entwicklung ist ein zentrales Thema für die KLJB, weil für uns globale Gerechtigkeit nicht an nationalen Grenzen endet, genauso wenig wie unsere Verantwortung als Christ*innen. Als Jugendverband, der sich für Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einsetzt, ist es unser Auftrag, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken und aktiv eine solidarische Welt mitzugestalten. Bei Herausforderungen wie der menschengemachten Klimakrise sind Menschen im Globalen Süden besonders stark betroffen, obwohl vor allem Industriestaaten wie Deutschland die Hauptverantwortung tragen. Deshalb stehen wir besonders in der Verantwortung, zu globaler Gerechtigkeit beizutragen. Wir begreifen Entwicklungszusammenarbeit nicht als Hilfe von „oben nach unten“, sondern als einen Prozess gegenseitigen Lernens und Wachsens. Gerade in ländlichen Räumen spüren wir die Verbindung zur globalen Landwirtschaft, zum Klimawandel und zu den Fragen gerechter Lebenschancen besonders deutlich. Deshalb ist es für die KLJB selbstverständlich, sich politisch, praktisch und partnerschaftlich für eine gerechtere Welt einzusetzen.

Dekoloniale Entwicklungspolitik: Warum wir Verantwortung tragen

Viele Herausforderungen, die als „Entwicklungsprobleme“ bezeichnet werden, sind die Folge historischer Ungerechtigkeiten, Rassismus und aktueller globaler Strukturen, die Ungleichheiten aufrechterhalten. Koloniale Abhängigkeitsverhältnisse bestehen bis heute fort. Das zeigt sich in der Rohstoffausbeutung, unfairen Handelsbedingungen und willkürlich gezogenen Grenzen, die Konflikte befeuern. In vielen internationalen Institutionen dürfen Länder des Globalen Südens kaum mitentscheiden. Gerechtigkeit kann erst entstehen, wenn diese Machtasymmetrien reflektiert und aufgebrochen werden.

[1] „Nachhaltigkeit bedeutet, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu erfüllen, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“ Dieser von der Brundtland-Kommission (1987) geprägte Ansatz wird von den Vereinten Nationen heute so verstanden, dass nachhaltige Entwicklung drei untrennbare Dimensionen verbindet: eine ökologisch tragfähige, eine ökonomisch tragfähige und eine sozial gerechte Entwicklung.
– Quelle: Vereinte Nationen, Brundtland-Kommission, Our Common Future (1987); Vereinte Nationen, Resolution Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development, A/RES/70/1 (2015)

Bewahrung der Schöpfung: Warum es Klimagerechtigkeit braucht

Als KLJB setzen wir uns für den Schutz der Schöpfung ein. Die Klimakrise ist nicht nur ein ökologisches Problem, sondern eine Frage der globalen Gerechtigkeit:

Industrieländer haben die historische Verantwortung für die Klimakrise und müssen daher finanzielle sowie technologische Unterstützung für Klimaschutz und -anpassung im Globalen Süden leisten. Ernährungssouveränität muss gestärkt werden, damit Kleinbäuer*innen weltweit selbstbestimmt wirtschaften können. Der Globale Norden darf seine Klimaziele nicht auf Kosten des Globalen Südens erreichen. Erneuerbare Energien dürfen keine Umweltzerstörungen, Landraube oder neuen Abhängigkeiten in Ländern des Globalen Südens verursachen.[2]

Feministische Entwicklungspolitik: Warum Gleichberechtigung Grundlage für globale Gerechtigkeit ist

Eine gerechte Entwicklungspolitik ist immer feministisch. Sie stellt sich gegen patriarchale und neokoloniale Strukturen, die Ungleichheit verfestigen und besonders Mädchen* und Frauen*, Indigene und andere marginalisierte Gruppen benachteiligen. Diese müssen viel stärker in allen Entwicklungsprozessen aktiv mitentscheiden können. Echte Gleichberechtigung braucht Rechte, Repräsentation,

Ressourcen und Diversität. Zentral sind dabei reproduktive Rechte, Bildung und wirtschaftliche Unabhängigkeit: Der Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit, zu sicherer Verhütung und zu selbstbestimmter Familienplanung ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Die Vielfalt feministischer Perspektiven muss gleichwertig anerkannt und einbezogen werden.[3]

Als KLJB setzen wir uns für Geschlechtergerechtigkeit und die Gleichbehandlung in allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen ein sowohl in Deutschland als auch weltweit.

UN-Agenda 2030: Warum Entwicklung eine gemeinsame Aufgabe ist

Die UN-Agenda 2030 mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zeigt: Alle Länder sind Entwicklungsländer. Nachhaltige Entwicklung betrifft nicht nur den Globalen Süden, sondern ist eine gemeinsame Aufgabe mit verschiedenen Verantwortlichkeiten. Für eine global gerechte Welt muss der Norden seine Art zu wirtschaften, Konsumgewohnheiten und politischen Strukturen verändern.

Als KLJB engagieren wir uns für die Umsetzung der SDGs, indem wir nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssouveränität stärken, für Klimagerechtigkeit, Umweltschutz und soziale Verantwortung eintreten, globale Partnerschaften auf Augenhöhe fördern und fordern – in unseren Projekten und in der politischen Arbeit.[4]

---

[2] Siehe dazu auch: https://www.kljb.org/wp-content/uploads/2024/10/HBA-2024-Beschluss-Nr.-3-Klimagerechtigkeit-Unsere-Verantwortung-unsere-Zukunft.pdf

[3] Siehe dazu auch: https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bdkj/gremien/hauptversammlung/hv2024/A13_Feministische_Entwicklungspolitik_-_eine_Frage_von_Gerechtigkeit.pdf

[4] Siehe dazu auch: https://www.kljb.org/wp-content/uploads/2018/05/2017-Dranbleiben-an-den-SDGs_web.pdf ; https://www.kljb.org/wp-content/uploads/2019/10/Beschluss-Nr.-1-Wenn-nicht-jetzt-wann-dann-Handlungsfelder-f%C3%BCr-eine-nachhaltige-Entwicklung_web.pdf

Austausch auf Augenhöhe: Warum wir gerechtere Bedingungen für Bildungsprogramme brauchen

Internationale Begegnungen sind zentrale Bausteine für gegenseitiges Lernen, Verständigung und Solidarität. Doch komplexe, ungleiche und intransparente Visa-Vergaben, finanzielle Hürden und bürokratische Barrieren erschweren die Organisation für Träger dieser Bildungsprogramme. Die Folge ist ein Ungleichgewicht, das privilegierte Zugänge im Globalen Norden stärkt und Partner*innen im Globalen Süden systematisch ausschließt. Die Grundlage für einen Austausch auf Augenhöhe ist aber, dass beide Seiten gleichberechtigt Zugang haben[5]. Der Bundesvorstand wird damit beauftragt, die folgenden Änderungsvorschläge als Satzungsänderungsantrag auf die Bundesversammlung 2026 einzubringen und gleichzeitig die durch nachfolgende Änderungen vorgesehenen neuen beratenden Mitglieder bereits bei der Bundesversammlung 2026 als Gäste einzuladen.

Unsere Forderungen an die Politik

- ***Machtasymmetrien abbauen und Partnerländer als gleichberechtigte Akteur*innen anerkennen.*** Das bedeutet echte Mitbestimmung des Globalen Südens in internationalen Institutionen, faire Verhandlungen auf Augenhöhe und gemeinsame Entwicklung, Durchführung und Evaluation von Projekten. Durch Entwicklungszusammenarbeit dürfen keine neokolonialistischen Strukturen geschaffen werden, sondern bestehende Abhängigkeiten müssen aufgebrochen werden.
- ***Deutsche Entwicklungspolitik neu ausrichten.*** Sie darf nicht länger primär wirtschaftlichen oder geopolitischen Interessen Deutschlands dienen. Maßstab müssen die Bedürfnisse aller Partnerländer, globale Gerechtigkeit und der Abbau von Ungleichheiten sein. Projekte und die Vergabe öffentlicher Mittel dürfen nicht davon abhängig sein, ob sie vorrangig deutschen Unternehmen, Absatzmärkten oder sicherheitspolitischen Strategien nutzen, sondern müssen konsequent solidarische, nachhaltige und partnerschaftliche Ziele verfolgen.
- ***Faire Wirtschafts- und Handelsstrukturen schaffen***. Dafür braucht es ein starkes Lieferkettengesetz auf europäischer und nationaler Ebene, das verbindliche Standards für Menschenrechte, Umwelt und eine faire Wertschöpfung entlang der gesamten Lieferkette sicherstellt. Dazu gehört auch ein Schuldenerlass für Länder, die unter einer erdrückenden Schuldenlast leiden, die gerechte Neuverhandlung von Handelsabkommen, die bisher vor allem den Absatz europäischer Produkte sichern, sowie das Verbot von Landgrabbing.
- ***Entwicklungspolitische Strukturen in Deutschland stärken.*** Wir fordern ein eigenständiges Bundesministerium für Entwicklungspolitik, das mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet ist und globale Gerechtigkeit in allen politischen Feldern kohärent voranbringt.
- ***Politikkohärenz schaffen.*** Alle Politikfelder wie Agrar-, Handels-, Klima-, Arbeits- oder Migrationspolitik müssen konsequent im Sinne globaler Gerechtigkeit ausgerichtet werden.
- ***Klimagerechtigkeit als Leitprinzip.*** Deutschland trägt als Industrienation eine besondere Verantwortung für die Klimakrise und muss Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit konsequent zum Kern seiner Entwicklungspolitik machen.

[5] Siehe dazu auch: https://www.kljb.org/wp-content/uploads/2018/05/2007_HBA_Leitlinien_fuer_Partnerschaften-1.pdf

- ***Feministische Entwicklungspolitik verankern***. Strukturelle Ungleichheiten müssen abgebaut, sowie Rechte, Repräsentation, Ressourcen und Diversität von Frauen* und marginalisierten Gruppen gestärkt werden.
- ***Multilaterale Verantwortung übernehmen.*** Wir fordern die Bundesregierung auf, sich stärker für eine konsequente multilaterale Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik einzusetzen und sich finanziell wie ideell in Organisationen wie den Vereinten Nationen stark einzubringen. Dabei soll sie auch auf Reformen dieser Strukturen hinwirken.
- ***Gerechte Rahmenbedingungen für internationale Jugendarbeit schaffen.*** Wir fordern eine erleichterte Visavergabe für Austausch- und Bildungsprogramme mit Partnern im Globalen Süden. Internationale Jugendbegegnungen müssen unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten möglich sein.
- ***Jugendpartizipation sichern.*** Junge Menschen müssen systematisch in gesellschaftliche Debatten und Entscheidungsprozessen zu Nachhaltigkeit, Klima und globaler Gerechtigkeit einbezogen werden. Ihre Perspektiven sind unverzichtbar für zukunftsfähige Lösungen.
- ***Zivilgesellschaft stärken.*** Ehrenamtliches Engagement braucht Räume und Anerkennung. Nur eine starke Zivilgesellschaft kann globale Gerechtigkeit langfristig vorantreiben. Politik muss gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen sichern, die zivilgesellschaftliches Engagement auch unter Druck schützen. Dies können etwa Maßnahmen gegen Repression, garantierten Zugang zu Fördermitteln und rechtlichen Schutz bei Diffamierung sein. Diese Rahmenbedingungen müssen auch innerhalb der Partnerschaften Deutschlands gesichert werden. Außerdem müssen vertrauliche und barrierearme Strukturen für Asylanträge politisch verfolgter Personen geschaffen werden. In Anbetracht der zunehmenden Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Freiräume ist dies essenziell für eine demokratische und globale Entwicklung.

Unsere Forderungen an Kirche und Gesellschaft

- ***Koloniale Kontinuitäten aufarbeiten.*** Wir fordern die Kirche, ihre Orden und Hilfswerke auf, koloniale Kontinuitäten in ihrer Missions- und Entwicklungsgeschichte kritisch aufzuarbeiten und ihre Projekte konsequent partnerschaftlich, transparent und diskriminierungssensibel auszurichten.
- ***Partnerschaften auf Augenhöhe gestalten.*** Kirchliche Partnerschaften mit Projekten im Globalen Süden dürfen nicht paternalistisch geprägt sein, sondern müssen Begegnungen, Wissensaustausch und gegenseitiges Lernen ermöglichen.
- ***Bildung für globale Gerechtigkeit.*** Kirche und Gesellschaft sollen Menschenrechte, Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit aktiv in ihre Bildungsangebote integrieren.
- ***Faire Landwirtschaft fördern***. Wir fordern Kirche und Gesellschaft auf, sich aktiv für eine faire, regionale und nachhaltige Landwirtschaft einzusetzen, die globale Lieferketten gerecht gestaltet und Ernährungssouveränität stärkt. Kirche soll sich aktiv in die Debatte einbringen und auch auf eigenen Flächen nachhaltig handeln.
- ***Finanzen nachhaltig einsetzen.*** Kirchenvermögen und Privatvermögen dürfen nicht in fossile Energien, Rüstung oder ausbeuterische Unternehmen investiert werden. Wenn Geld investiert wird, muss dies in nachhaltige, gemeinwohlorientierte Projekte fließen. Damit die Verantwortung nicht nur bei Konsument*innen liegt, müssen die Banken Transparenz schaffen und Verantwortung übernehmen.

- ***Kritischen Konsum fördern.*** Kirche und Gesellschaft sollen aktiv zu fairem und nachhaltigem Konsum beitragen. Dies soll durch Bildungsarbeit, eigene Beschaffung nach fairen Kriterien und die Unterstützung fair gehandelter Produkte oder fair handelnder Unternehmen geschehen.
- ***Unternehmen in die Verantwortung nehmen.*** Gesellschaft darf Ausbeutung und Umweltzerstörung nicht hinnehmen, sondern soll durch Konsum, Spenden und öffentliche Solidarität Druck für Veränderung aufbauen Die Kirchen sollen dabei mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie ihre eigenen Beschaffungen und Investitionen konsequent nachhaltig und fair gestalten.
- ***Zivilgesellschaft stärken.*** Kirche und Gesellschaft sollen aktiv Solidarität mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zeigen, deren Freiräume weltweit zunehmend eingeschränkt werden. Es braucht konkrete Unterstützung: durch Spenden, die Bereitstellung von Räumen, öffentliche Solidaritätserklärungen und die Beteiligung an Demonstrationen oder Aktionen. Nur so kann die Zivilgesellschaft ihre unverzichtbare Rolle für Menschenrechte und globale Gerechtigkeit auch künftig wahrnehmen.

Was wir als KLJB konkret tun

Unser Engagement ist nicht nur ideell, sondern auch konkret und praktisch. Deshalb verpflichten wir uns zu folgenden Maßnahmen:

- ***Politische Lobbyarbeit für eine faire Entwicklungspolitik.*** Als KLJB Bundesverband setzen wir uns auf allen politischen Ebenen für eine nachhaltige und gerechte Entwicklungspolitik ein. Wir rufen KLJBler*innen auf allen Ebenen dazu auf, sich für faire Entwicklungspolitk einzusetzen.
- ***Einsatz für fairen Handel und faire Lieferketten.*** Wir fordern verbindliche Regeln für Unternehmen, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in globalen Lieferketten zu verhindern. Dies fördern wir u.a. durch unsere Mitgliedschaft bei Fairtrade Deutschland und der Clean Cloth Campaign[6].
- ***Solidarität praktisch leben.*** Wir verstehen unsere internationalen Beziehungen als Partnerschaften auf Augenhöhe. Projekte wie Lamu Jamii in Kenia, die internationalen Partnerschaften verschiedener KLJB Diözesanverbände mit Organisationen in Ländern des Globalen Südens, unser Engagement in den Strukturen der MIJARC Welt und unsere Minibrotaktion zeigen, wie Solidarität im Verband konkret wird und weltweit Veränderung anstößt.
- ***Langfristige Verantwortung übernehmen.*** Ideelle wie finanzielle Zusagen sind für uns wichtig. Wir stehen für Verlässlichkeit in unseren Partnerschaften und wollen durch kontinuierliches Engagement junge Menschen hier wie im Globalen Süden stärken.
- ***Förderung von interkulturellem Austausch in Strukturen der KLJB.*** Wir stärken internationale Partnerschaften und interkulturellen Dialog, indem wir die bestehenden KLJB-Partnerschaften vernetzen und Austauschräume sowie Bildungsangebote zu

[6] Siehe dazu auch: https://www.kljb.org/wp-content/uploads/2018/05/Beschluss_Nr._1_-_Fairer_Handel_web.pdf

Begegnungen auf Augenhöhe anbieten. Diese Bildungsangebote sollen dazu befähigen, Machtasymmetrien innerhalb dieser Partnerschaften fortlaufend zu reflektieren.

- ***Thematisierung globaler Gerechtigkeit in unserer Bildungsarbeit.*** Wir sensibilisieren für kritischen Konsum, Menschenrechte, Klimagerechtigkeit und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen z.B. durch Workshops, Kampagnen und Aktionen. Außerdem tragen wir diese Themen auch in unsere Netzwerke der europäischen und weltweiten Strukturen der MIJARC.

KLJB: Junge Menschen gestalten eine gerechte Zukunft

Als KLJB glauben wir daran, dass eine andere Welt möglich ist, aber sie nicht von selbst entstehen wird. Wir müssen uns für eine gerechte, nachhaltige und dekoloniale Entwicklungspolitik einsetzen. Unser christlicher Glaube fordert uns dazu auf, soziale Verantwortung zu übernehmen und nicht wegzusehen, wenn Menschen unter ungerechten Strukturen leiden. Deshalb engagieren wir uns in unseren Projekten, in der politischen Arbeit und im Alltag für globale Gerechtigkeit.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde einstimmig mit 19 Stimmen beschlossen.